



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2010/2027(INI)

10.5.2010

ENTWURF EINES BERICHTS

über die demografischen Herausforderungen und die Solidarität zwischen den Generationen
(2010/2027(INI))

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatter: Thomas Mann

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	9

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu den demografischen Herausforderungen und der Solidarität zwischen den Generationen (2010/2027(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis seiner EntschlieÙung vom 14. März 1997 zu dem Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die demografische Lage in der Europäischen Union 1995,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 12. März 1998 zu dem Bericht der Kommission über die demografische Lage 1997¹,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 15. Dezember 2000 zu der Mitteilung der Kommission „Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen“²,
- in Kenntnis des Grünbuchs der Kommission mit dem Titel „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM(2005)0094),
- in Kenntnis seiner EntschlieÙung vom 23. März 2006 zu den demografischen Herausforderungen und der Solidarität zwischen den Generationen³,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 6. September 2006 zu einem europäischen Sozialmodell für die Zukunft⁴,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 21. Februar 2008 zur demografischen Zukunft Europas⁵,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Die demografische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance“ (KOM(2006)0571),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission – Die Solidarität zwischen den Generationen fördern (KOM(2007)0244),
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Familie und die demografische Entwicklung“⁶ und die darin enthaltene Kernforderung nach Unterzeichnung eines europäischen Familienpakts durch die Mitgliedstaaten,

¹ ABl. C 104 vom 6.4.1998, S. 222.

² ABl. C 232 vom 17.8.2001, S. 381.

³ ABl. C 292 E vom 1.12.2006, S. 131.

⁴ ABl. C 305 E vom 14.12.2006, S. 141.

⁵ P6_TA(2008)0066.

⁶ ABl. C 161 vom 13.07.2007, S. 66.

- unter Hinweis auf das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Die demografische Zukunft Europas: Fakten und Zahlen“ (SEK(2007)0638),
 - unter Hinweis auf den gemeinsamen Bericht der Kommission und des Ausschusses für Wirtschaftspolitik (Arbeitsgruppe Überalterung) zu dem Thema „2009 Ageing Report: economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060)“ (Bericht 2009 über die Überalterung: Wirtschafts- und Haushaltsprognosen für die EU-27-Mitgliedstaaten),
 - gestützt auf Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
 - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (A7-0000/2010),
- A. in der Überzeugung, dass eine menschenwürdige Gesellschaft auf dem Prinzip der Generationengerechtigkeit basiert,
 - B. im Bewusstsein, dass Wirtschaft und Gesellschaft die Lebenserfahrung, den Einsatz und den Ideenreichtum aller Generationen benötigen, um ihre Ziele zu erreichen,
 - C. in der Überzeugung, dass der demografische Wandel gestaltbar ist, wenn er ausreichend vorbereitet und ernst genommen wird,
 - D. in der Erwägung, dass die Hauptinstrumente der Generationengerechtigkeit bei den Mitgliedstaaten liegen (Rentensysteme und Gesundheitsversorgung), die EU jedoch wichtige Initiativen über Monitoring, Austausch von bewährten Vorgehensweisen und Aktionsprogramme anstoßen kann,

Grundlagen und Ziele

1. definiert Generationengerechtigkeit als gleichmäßige Verteilung von Nutzen und Belastungen zwischen den Generationen;
2. vertritt die Auffassung, dass ein funktionierendes Miteinander der Generationen auf den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit beruht und von gegenseitigem Respekt, Verantwortung und Zuwendungsbereitschaft geprägt sein muss;
3. stellt fest, dass Menschen erfreulicherweise immer älter werden, dabei länger aktiv sind sowie am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt und engagiert teilnehmen, andererseits die Geburtenraten in den Mitgliedstaaten seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau verbleiben, was zu hohen Belastungen nachkommender Generationen und zu Verteilungskonflikten führen kann;
4. ist der Ansicht, dass es Ziel einer generationengerechten Politik sein muss, Grundlagen und Instrumente zu schaffen, um einen offenen und ehrlichen Dialog der Generationen

zu führen, der Win-win-Situationen erzielt;

5. ist der Auffassung, dass deutlich werden muss, dass ältere Menschen keine Last, sondern wegen ihrer Erfahrung, Lebensleistung und ihres Wissens ein Gewinn für Wirtschaft und Gesellschaft sind;

Initiative Transparenz

6. fordert Kommission und Rat auf, Generationenbilanzen als Informationsinstrumente und Weiterentwicklung der EUROSTAT Sustainable Development Indicators (SDIs) in allen Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene einzuführen, um Zahlungsströme, Leistungen und Belastungen jeder Generation verlässlich abzubilden und zu prognostizieren;
7. setzt auf eine Folgenabschätzung (Generationen-Check), die verbindlich auf europäischer und nationaler Ebene die Auswirkungen von Gesetzen auf die Generationengerechtigkeit sichtbar macht und eine langfristige Kosten-Nutzen-Bewertung ermöglicht;

Politikfeld Bildung und Arbeit

8. ist davon überzeugt, dass der offene und gerechte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsmärkten Kern der generationengerechten Politik ist und die Grundlage für Wohlstand und Eigenständigkeit bildet;
9. erkennt an, dass Arbeit mehr als Erwerbsarbeit ist und dass Ältere durch Familien- und Gesellschaftsarbeit in hohem Maße zur menschlichen Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen und ermuntert Regierungen, ehrenamtliche Arbeit und Betreuung in der Familie zu erleichtern und zügig Haftungsfragen zu klären;
10. stellt fest, dass eine einseitige Verjüngung von Belegschaften nicht zu mehr Innovationen führt, sondern eine Verschwendung von Erfahrung, Kenntnissen und Kompetenzen darstellt;
11. bedauert, dass Erwerbsbiographien durch Zeitarbeit, die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse, geringfügiger Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit immer unsteter und unsicherer werden;
12. ist der Überzeugung, dass Flexicurity die Übergänge zwischen den verschiedenen Abschnitten des Arbeitslebens erleichtern kann, insofern sie auf der Solidarität der Generationen basiert und die Sorgen und Nöte aller Altersgruppen einbezieht;
13. unterstreicht, dass lebenslanges Lernen im Fokus aller Bildungsmaßnahmen stehen muss und eine Aufgabe für alle Generationen darstellt;
14. betont, dass der demografische Wandel nicht als Begründung für den Abbau von sozialen Rechten und Leistungen herangezogen werden darf;

Initiative Europäische Jugendgarantie

15. unterstreicht, dass Jugendarbeitslosigkeit zu den drängendsten Problemen zählt, da sie

zu Chancenlosigkeit, Ausgrenzung, steigenden Sozialkosten und der Verschwendung wertvoller Humanressourcen führt;

16. fordert, dass Rat und Kommission besondere Anstrengungen unternehmen und konkrete Maßnahmen ausarbeiten, zu denen eine Europäische Jugendgarantie gehören sollte, durch die Jugendlichen nach einer Arbeitslosigkeit von maximal 6 Monaten ein Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung angeboten wird; unter der Voraussetzung, dass die Betroffenen durch eigenständige Bemühungen ihren Eingliederungsprozess unterstützen;

Initiative Europäischer Pakt 50plus

17. fordert Mitgliedstaaten und EU-Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass in Erweiterung der EU-Strategie 2020 folgende Ziele bis 2020 erreicht werden:
 - i) Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 50 auf mehr als 55 %,
 - ii) Abbau von Frühverrentung und deren finanziellen Anreizen,
 - iii) Erhöhung der generationenübergreifenden Fort- und Weiterbildungsquote,
 - iv) Aufbau von Anreizen für Arbeitnehmer über 60, dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung zu stehen und für Unternehmen, diese Mitarbeiter einzustellen;

Initiative AGE-Management

18. vertritt die Auffassung, dass die Beschäftigungsfähigkeit im Alter Initiativen von Arbeitgebern in den Handlungsfeldern Gesundheit, Weiterbildung, Arbeitsgestaltung, Arbeitszufriedenheit und Führungsverhalten erfordert, die von den Sozialpartnern gemeinsam entwickelt werden sollten;

Initiative Generationen-Tandem

19. fordert konkrete Initiativen, um im Arbeitsprozess altersgemischte Teams zu fördern; regt an, diese Unternehmen zu unterstützen und hervorragende Projekte auszuzeichnen;

Initiative „Grenzenlos arbeiten“

20. ist der Überzeugung, dass es im Ermessen der Betroffenen liegen muss, inwieweit sie über die nationalen Renteneintrittsgrenzen hinaus einer Berufstätigkeit nachgehen wollen;
21. fordert Rat und Mitgliedstaaten auf, Lebensaltersgrenzen bei der Ausübung von Berufen und Mandaten oder der Vergabe von Krediten bis 2012 vorurteilsfrei prüfen zu lassen und abzuschaffen;

Initiative „aktives Altern“

22. fordert die EU-Kommission auf, Aktivitäten im Bereich des gesunden Alterns zu

überprüfen sowie einen Aktionsplan im Jahr 2011 vorzustellen, der Würde, Gesundheit und Lebensqualität älterer Menschen fördert;

23. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag auszuarbeiten, damit 2012 zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ wird, das den Beitrag älterer Menschen zur Gesellschaft deutlich macht; begrüßt, dass zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft den 29. April zum Tag der „Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen haben;

Politikfeld Familie

24. unterstreicht, dass die Familie das Fundament unserer Gesellschaft bildet und unabdingbar mit der Vermittlung von Werten und solidarischem Miteinander verbunden ist; unterstreicht ebenso, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in allen Mitgliedstaaten durch erschwingliche, hochwertige frühkindliche Betreuungs- und Erziehungsangebote gewährleistet wird;
25. ermutigt die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zu Gunsten der Eltern zu ergreifen, z. B. zusätzliche Rentenansprüche und Steuererleichterungen für Krippen in Unternehmen, wobei bewährte Vorgehensweisen im Rahmen der europäischen Allianz für Familien ausgetauscht werden sollen;
26. vertritt die Auffassung, dass flexible Arbeitszeiten und Job-Sharing zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen;

Politikfeld Wirtschaft und Wachstum

27. ist der Auffassung, dass die Erschließung neuer Märkte in der Seniorenwirtschaft eine große Chance zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung bietet;
28. fordert die Mitgliedstaaten auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere innovative Handlungsansätze, die unterschiedlichen regionalen Bedingungen Rechnung tragen;

Politikfeld Renten und Haushalte

29. gibt zu bedenken, dass die sozialen Sicherungssysteme vor großen Herausforderungen stehen und die Gefahr von Altersarmut steigt; vertritt die Auffassung, dass in der Altersvorsorge Planungssicherheit Priorität besitzt;
30. mahnt an, dass die Konsolidierung öffentlicher Haushalte und die Verwirklichung des Entschuldungsgebotes eine Frage der Generationengerechtigkeit ist;

Politikfeld Migration

31. ist der Auffassung, dass Migration in Kombination mit gelungener Integration zur Bewältigung des demografischen Wandels beiträgt und dass noch zu viele Menschen mit Migrationshintergrund sich den Mitgliedstaaten, in denen sie leben, nicht zugehörig fühlen;

32. ist der Überzeugung, dass erfolgreiche Integration Identifikation, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung voraussetzt und dass sie erst mit der Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer und der Aufnahmebereitschaft der Einheimischen gelingen kann;

Politikfeld Versorgung

33. gibt zu bedenken, dass der demografische Wandel gravierende regionale Ungleichheiten aufweist und zu Abwanderungsprozessen aus ländlichen, peripheren Regionen führt, so dass Konzepte für eine Transformation von sozialen und medizinischen Versorgungsstrukturen zu entwickeln, Fördergelder bereitzustellen und ein intensiver Austausch über bewährte Vorgehensweisen einzuleiten sind;
34. unterstreicht, dass unabhängig von Einkommen, Alter, sozialem Status oder gesundheitlichem Risiko die Menschen eine erschwingliche, hochwertige medizinische Versorgung sowie eine Pflege von hoher Qualität erhalten müssen;
35. erkennt die Leistungen in der Pflege älterer Menschen an und fordert die Mitgliedstaaten auf, regelmäßige und transparente Kontrollsysteme zu errichten, um Pflegebedürftige in ihrer Würde zu schützen;
36. ist der Auffassung, dass die Notwendigkeit besteht, einen EU-weiten Verhaltenskodex aufzustellen, der Mindestvorgaben und -leistungen hinsichtlich der Bereitstellung von Langzeitpflege definiert und vom Parlament und dem Rat verabschiedet wird;
37. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Die Schaffung von Generationengerechtigkeit gehört zu den vorrangigen sozialpolitischen Herausforderungen europäischer und nationaler Politik in den kommenden Jahren. Die demografischen Veränderungen werden zu Beginn des Jahrhunderts durchlaufen, erste Auswirkungen zeigen sich bereits heute.

Generationengerechtigkeit sichern

Der demografische Wandel führt dazu, dass Menschen erfreulicherweise immer älter werden und dabei länger körperlich und geistig aktiv sind. Andererseits verbleiben die Geburtenraten in den Mitgliedstaaten seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau; die Proportionen im Altersaufbau verschieben sich kontinuierlich zugunsten der älteren Generationen. Der Generationenvertrag stößt an seine Grenzen. Er kann nur so lange Garant für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Stabilität der sozialen Sicherungssysteme sein, wie die Anzahl derer, die Leistungen erhalten, wesentlich kleiner ist als die Zahl derer, die dafür aufkommen. Treffen Prognosen zu, so sind hohe finanzielle Belastungen nachkommender Generationen und daraus resultierende Verteilungskonflikte nicht auszuschließen. Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrisen können diese Entwicklung verschärfen.

Dialog ermöglichen

Der Berichterstatter ist sich bewusst, dass die Hauptinstrumente, um Generationengerechtigkeit zu erreichen, bei den Mitgliedstaaten liegen. Zahlreiche Europäische Gipfel haben sich mit den Auswirkungen des Wandels beschäftigt, Zusagen wurden jedoch nur zögernd eingehalten. Den europäischen Mehrwert sieht der Berichterstatter insbesondere darin, Grundlagen und Instrumente für einen offenen und ehrlichen Dialog der Generationen zu schaffen, der Win-win-Situationen ermöglicht. Der Begriff Gerechtigkeit ist stärker auf der Grundlage von Leistungs-, Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit in die Realität umzusetzen.

Transparenz schaffen

Ihr Berichterstatter schlägt konkrete Maßnahmen vor, um die Basis für einen offenen Dialog zu schaffen. Transparenz-Initiativen wie die Generationenbilanzen sollen die Zahlungsströme zwischen den Jahrgängen sowie Leistungen und Belastungen jeder Generation verlässlich abbilden und prognostizieren. Verbindliche Gesetzesfolgenabschätzungen (Generationen-Check) auf europäischer und nationaler Ebene sollen die Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit sichtbar machen und eine langfristige Kosten-Nutzen-Bewertung ermöglichen.

Politikfeld Bildung und Arbeit

Besonderes Augenmerk gilt dem Politikfeld Bildung und Arbeit. Der offene, gerechte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsmärkten muss den Kern der generationengerechten Politik darstellen. Er bildet die Grundlage dafür, dass sich jede Generation Wohlstand und Eigenständigkeit erarbeiten kann. Die Produktivität kann durch den Zugang zu lebenslanger Bildung und die Zunahme der Erwerbsbeteiligung gesteigert werden. Die Menschenwürde wird verletzt, wenn Menschen ausgeschlossen werden.

Die Beschäftigungsquote der 55- bis 64jährigen liegt unter dem Ziel von Lissabon (50 %), das der Europäische Rat für das Jahr 2010 festgelegt hat.¹ Bis 2020 wird sich die Erwerbsbevölkerung voraussichtlich um drei Millionen Menschen verringern. Arbeitsmarkt und Wirtschaft werden starke strukturelle Veränderungen erfahren: Familienstrukturen verändern sich, es wird mehr „ältere Arbeitnehmer“ (55-64) geben, mehr Rentner (65-79), mehr alte Menschen (80 und älter), gleichzeitig weniger Kinder, Jugendliche und Erwachsene im erwerbsfähigen Alter.² Erwerbsbiographien werden durch volkswirtschaftliche Krisen, Zeitarbeit, die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse, geringfügiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit immer unsteter und unsicherer. Um dem zu begegnen, muss die Beteiligung junger und älterer Menschen am Arbeitsmarkt schnell und entschlossen im Rahmen eines **lebenszyklusorientierten Ansatzes** gestärkt werden. Das Flexicurity-Konzept und das Ziel der EU-Strategie 2020, eine Erwerbsquote von 75 % zu erreichen, stellen wichtige Schritte dar.

Der Anteil der Arbeitslosen unter den 15-24jährigen ist deutlich höher als bei allen anderen Altersgruppen in der EU. Die Schulabbrecherquote ist weiterhin zu hoch und das Lissabon-Ziel von maximal 10 % Schulabbrechern bis 2012 in Gefahr. Arbeitsplätze der Zukunft verlangen hochqualifizierte Arbeitskräfte. Um die Beteiligung junger Menschen am Arbeitsmarkt zu stärken, schlägt Ihr Berichterstatter eine europäische Jugendgarantie vor. Sie sichert jedem Jugendlichen nach einer Arbeitslosigkeit von maximal 6 Monaten einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung. Dabei muss das Prinzip "fördern und fordern" gelten: Die Betroffenen müssen durch eigenständige Bemühungen ihren Eingliederungsprozess in den Arbeitsmarkt unterstützen.

Ihr Berichterstatter fordert, im Hinblick auf Ältere einen Europäischen Pakt 50plus zu vereinbaren. In Erweiterung der EU-Strategie 2020 sollte er eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Arbeitnehmern über 50 auf mehr als 55 % vorsehen sowie den Abbau von Frühverrentung und deren finanziellen Anreizen, die Erhöhung der generationenübergreifenden Fort- und Weiterbildungsquote und den Aufbau von Anreizen für über 60jährige, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. In Wirtschaft und Gesellschaft muss deutlich werden, dass ältere Menschen keine Last, sondern durch Erfahrung, Lebensleistung und Wissen ein Gewinn sind. Flankiert werden sollte der Pakt durch konkrete Maßnahmen, wie die Stärkung altersgemischter Teams in Unternehmen sowie die Prüfung und Abschaffung von Altersgrenzen.

In Unternehmen ist ein Umdenken notwendig. Neue Forschungen von CEDEFOP zeigen, dass viele Arbeitgeber nach wie vor Vorurteile hinsichtlich der Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer haben. Initiativen in den Handlungsfeldern Gesundheit, Weiterbildung, Arbeitsgestaltung, Arbeitszufriedenheit und Führungsverhalten sind erforderlich. Die Sozialpartner sollten sie gemeinsam entwickeln und in den Unternehmen fördern. Wir brauchen ein besseres Verständnis dafür, dass ältere Arbeitnehmer befähigt und angeregt werden, über das übliche Pensionsalter hinaus aktiv zu bleiben.

¹ Konsultation im Hinblick auf die mögliche Erklärung des Jahres 2012 zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen, EU-Kommission, Juni 2009

² KOM(2005)0094 , Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“.

Lebenslanges Lernen muss im Fokus aller Bildungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten stehen. Schätzungen des künftigen Qualifikationsbedarfs im Rahmen der „new skills for new jobs“-Initiativen zeigen, dass ein Großteil der Arbeitsbevölkerung lediglich über elementare Fertigkeiten verfügt.

Politikfeld Familie

Die durchschnittliche Geburtenrate in der EU beträgt 1,5 Kinder und zählt damit zu den niedrigsten weltweit. Oft fehlen Strukturen, die es Partnern ermöglichen, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Voraussetzung für höhere Geburtenraten ist eine Politik, die Kinder in den Mittelpunkt stellt. Insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben kann Probleme des demografischen Alterns lösen. Erschwingliche und qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuungs- und Erziehungsangebote müssen ausgeweitet und Maßnahmen zu Gunsten der Eltern ergriffen werden.

Politikfeld aktives Altern

Aktives Altern ist ein Prozess der Optimierung der Möglichkeiten von Menschen, im zunehmenden Alter ihre Gesundheit zu wahren, am Leben in ihrer sozialen Umgebung teilzunehmen und ihre Lebensqualität zu verbessern. 2012 sollte zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen werden, um deutlich zu machen, welchen Beitrag junge und ältere Menschen für die Gesellschaft leisten. Europäische Jahre haben stets dazu beigetragen, breite politische Unterstützung zu gewinnen und den Weg für umfassendere Selbstverpflichtungen zu ebnen.

Politikfeld Wirtschaft und Wachstum

Ihr Berichterstatter ist der Auffassung, dass die zunehmende Alterung der Bevölkerung auch eine große Chance zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung bietet. Rahmenbedingungen für die Erschließung neuer Märkte in der Seniorenwirtschaft müssen geschaffen werden. Sie umfassen Produkte und Dienstleistungen, die sich speziellen Bedürfnissen älterer Menschen anpassen und ihnen so lange wie möglich ein selbstständiges Leben bei hoher Lebensqualität erhalten. Allein in Deutschland besitzt die Generation der über 60jährigen eine Kaufkraft von ca. 320 Millionen Euro pro Jahr mit stark steigender Tendenz.

Politikfeld Migration

Die Migrationsfrage ist im weltweiten Kontext zu sehen: Die USA sind zunehmend von Einwanderung abhängig, während der demografische Wandel in Afrika und im Nahen Osten erst zum Ende des Jahrhunderts Wirkung entfalten wird. In vielen Ländern hat die Zuwanderung das Geburtendefizit abgemildert bzw. Bevölkerungswachstum aufrecht erhalten. Migration muss immer Integration mit Identifikation, gleichberechtigter Teilhabe und Verantwortung zum Ziel haben. Das setzt Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer und Aufnahmebereitschaft der Einheimischen voraus.

Politikfeld Renten

Demografische Ungleichgewichte haben erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung der Sozialausgaben und die Finanzlage der Rentensysteme. Altersbedingte öffentliche Sozialausgaben werden bis 2060 im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten um rund 4,75 % des

BSP ansteigen.¹ Öffentliche Ausgaben für Renten könnten bis 2060 um 2,4 % des BSP wachsen. Es stellt sich die Frage, wie unter diesen Rahmenbedingungen angemessene Ruhestandseinkommen für alle gewährleistet werden können. Ihr Berichterstatter mahnt an, dass die Konsolidierung öffentlicher Haushalte und die Verwirklichung des Entschuldungsgebotes im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen müssen.

Politikfeld Versorgung

Überalterte, ausgedünnte oder periphere Regionen in der EU werden den demografischen Wandel zugespitzt durchlaufen und die künftige Entwicklung in den übrigen Regionen vorwegnehmen. Allein Ostdeutschland droht bis 2050 der Verlust der Hälfte des Erwerbspersonenpotenzials. Wissenschaftliche Untersuchungen der Ursachen und Wirkungen sollten besonders gefördert werden als Grundlage für politische Konzepte zur notwendigen Transformation sozialer und medizinischer Versorgungsstrukturen.

Dank ständig steigender Lebenserwartung erhöht sich in der EU die Zahl der Menschen über 80. Eine Steigerung um 57 % wird für den Zeitraum 2010 bis 2030 prognostiziert.² Der Anteil Alleinstehender wird zunehmen. Familien können die Betreuung sehr alter Angehöriger nicht alleine bewältigen. Die Mitgliedstaaten sollten regelmäßige, transparente Kontrollsysteme einrichten, um Pflegebedürftige in ihrer Würde zu schützen und einen EU-weiten Verhaltenskodex mit Mindestvorgaben und -leistungen hinsichtlich der Bereitstellung von Langzeitpflege aufstellen, der von EP und Rat verabschiedet wird.

¹ 2009 *Ageing Report: economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060)*
Gemeinsamer Bericht der Kommission und des Ausschusses für Wirtschaftspolitik.

² KOM(2005)0094, Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“.